

Grundsatzprogramm für die Arbeit des Kreisvorstands 2020-2022

Linke Politik in der Pandemie

Im März ist die durch Covid-19 versuchte Pandemie auch in Deutschland angekommen. Unmittelbar begannen drastische Maßnahmen zur Eindämmung der Virusausbreitung: (Groß-)Veranstaltungen wurden flächendeckend abgesagt, Schulen geschlossen, Beschäftigte ins Homeoffice oder in Kurzarbeit geschickt.

Nach dem ersten Schock über die Wucht des Infektionsgeschehens, die einhergingen mit Berichten über schwere Verläufe der Krankheit, Meldungen über viele Covid-19 Tote in Deutschland, Europa und weltweit und dem zeitweisen Stillstand des öffentlichen Lebens, wird nun langsam deutlich: der Pandemie-Ausnahmestand wird zum Normalzustand. Wir realisieren, dass wir noch lange mit Einschränkungen werden leben müssen, wenn die Ansteckungszahlen und damit die Virusausbreitung beherrschbar bleiben sollen.

Politik wird in den nächsten Monaten, wenn nicht Jahren unter dem Eindruck der Pandemie gemacht werden. Sie muss in allen Politikfeldern die Viruseindämmung mitdenken und die Vereinbarkeit politischer Maßnahmen mit dem Ziel der Pandemiebeherrschung in Einklang bringen. Gleichzeitig müssen erhebliche finanziellen Ressourcen aufgebracht werden, um die Pandemiefolgen abzumildern. Das gilt insbesondere für die Absicherung des Lebensstandards der Menschen sowie den Erhalt und den Ausbau der Gesundheitsversorgung. Politische und gesellschaftliche Herausforderungen die bereits vor der Pandemie drängend waren, müssen nun umso dringlicher angegangen werden. Gleichzeitig droht eine Verschärfung bestehender sozialer Konflikte. Wir müssen damit rechnen, dass die zum Teil durch die Pandemie verursachte Wirtschaftskrise zur weiteren Umverteilung von Reichtum von unten nach oben genutzt werden wird.

Wir sind überzeugt: wer die Krisenkosten trägt, ist noch nicht ausgemacht. Die Wohlhabenden und Reichen werden sich nicht freiwillig an den Kosten beteiligen und die Politik wird nicht automatisch für eine faire Verteilung sorgen. Nur wenn es uns gelingt, soziale Kämpfe auf die Straße zu bringen und Menschen zu mobilisieren, kann die Pandemie die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen positiv beeinflussen.

Eine Welt voller Ungerechtigkeit

Trotz zahlreicher sozialer und demokratischer Errungenschaften leben wir in einer Welt voller Ungerechtigkeiten. Dazu zählen die ungleiche Verteilung des Wohlstands, die Ausbeutung von Arbeitnehmer*innen, die Zerstörung der Umwelt und das Fortbestehen diskriminierender Strukturen und Verhältnisse. Als Ursache hierfür erkennen wir den Kapitalismus, den es unter allen Umständen abzuschaffen gilt.

Die zentrale Menschheitsaufgabe der Stunde ist die Bewältigung des Klimawandels. Er ist das Ergebnis eines Jahrhunderts des exzessiven kapitalistischen Wirtschaftens, das zu einer massiven Ausbeutung unserer natürlichen Ressourcen und einer Umweltzerstörung in ungekanntem Ausmaß geführt hat. Waldbrände, Dürren, extreme Wetterereignisse, Ernteausfälle und Überschwemmungen sind nicht nur im globalen Süden oder in besonders heißen Erdregionen Alltag geworden. Auch hier bei uns lassen sich die dramatischen Auswirkungen der Klimaveränderung mittlerweile deutlich erkennen. Die politischen Entscheider*innen auf der ganzen Welt reagieren seit Jahrzehnten viel zu zögerlich auf die Erkenntnisse der Wissenschaft zu Risiken und Folgen des Klimawandels. Hierin zeigt sich das Selbstzerstörungsprogramm des Kapitalismus: Wohlstand entsteht durch Wachstum,

Wachstum kommt an seine Grenzen und lässt sich nur auf Kosten der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen und auf Kosten von Natur und Umwelt aufrechterhalten. Denn im Kapitalismus besitzt eine Minderheit die gesellschaftliche Macht über die Produktionsmittel. In ihrem Streben nach immer größeren Profiten beuten sie rücksichtslos den Menschen und die Natur aus.

So simpel diese Erkenntnisse sind, so komplex sind die Lösungsansätze. Es ist nachvollziehbar, dass eine wachsende Zahl von Menschen das Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit und Veränderungskompetenz von Regierungen und Parteien verliert. Vor allem rechte und faschistische politische Kräfte sind die Gewinner*innen dieses Vertrauensverlustes. Sie bieten populistische Lösungen nach dem Grundsatz: „Wir zuerst!“. Als Folge nehmen unter anderem Rassismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und Frauenhass zu und immer mehr Menschen sind von rechter Gewalt und Terror betroffen – auf der Straße und im Netz.

Wir engagieren uns in der LINKEN Mainz/Mainz-Bingen, um diesen Entwicklungen entschlossen entgegenzutreten. Unser Ziel ist die schnellstmögliche Überwindung des Kapitalismus zur Eindämmung des Klimawandels bei gleichzeitiger radikaler Demokratisierung aller Lebensbereiche und gerechter Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes.

Wir engagieren uns in der LINKEN Mainz/Mainz-Bingen, weil wir uns dem Grundsatz „think global, act local“ verpflichtet sehen. Wir wollen die notwendigen globalen Veränderungen auf lokaler Ebene denken und diese parlamentarisch und außerparlamentarisch voranbringen.

Wir engagieren uns in der LINKEN Mainz/Mainz-Bingen, weil wir von Ausgrenzung, Diskriminierung und rechter Gewalt betroffen sind und/oder weil wir uns mit betroffenen Menschen solidarisieren. Die LINKE ist für uns ein Ort solidarischen Handelns, an dem wir uns für unsere gemeinsamen Interessen einsetzen.

Arbeitsbereiche

Kapitalismus überwinden – Transformation gestalten - die Welt retten

Wir fordern die unmittelbare Einführung nichtkapitalistischer Wirtschaftsgrundsätze. Das bedeutet eine radikale Demokratisierung der Wirtschaft, die Verpflichtung, alle Wirtschaftsentscheidungen an Gemeinwohlinteressen (insbesondere am Klimaschutz) auszurichten, die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien sowie die (Re-)Kommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der lohnabhängigen Bevölkerung. Unsere Ziele sind es, über die einzelnen genannten Aspekte innerhalb und außerhalb der LINKEN Mainz/ Mainz-Bingen zu diskutieren, in der Öffentlichkeit zu informieren und in diesen Fragen kommunalpolitische Akzente zu setzen.

Außerdem beteiligen wir uns an Bündnissen und Initiativen, die diese Ziele teilen, insbesondere an den Demonstrationen von Fridays for Future, den Frauen*streikaktivitäten, der #blacklivesmatter-Bewegung sowie an sonstigen antifaschistischen und antirassistischen Bündnissen und Demonstrationen.

Um den enormen Herausforderungen bei der Transformation der Arbeitswelt zu begegnen, sehen wir die Notwendigkeit, unsere Positionen stärker in Gewerkschaften einzubringen. Hier setzen wir Schwerpunkte bei den Themen Wirtschaftsdemokratie und

Arbeitszeitverkürzung. Als Mitglieder und Aktive in der LINKEN und in Gewerkschaften müssen wir uns besser vernetzen und stärker austauschen. Aus Erfahrung wissen wir, dass uns dies nicht zwangsläufig in der „AG Betrieb und Gewerkschaft“ gelingt. Wie wollen daher auch nach neuen Formaten suchen, um diesen Anspruch gerecht zu werden.

Mit Interesse verfolgen wir die Diskussion der amerikanischen Linken und deren Konzept eines Green New Deal in Verbindung mit der Modern Monetary Theory (MMT). Hierzu wollen wir in geeigneter Weise mit Mitgliedern der LINKEN Mainz/ Mainz-Bingen und Interessierten in die Diskussion kommen.

Beim Thema ökologische Transformation sehen wir zahlreiche kommunalpolitische Ansatzpunkte. Unser Ziel ist es, unsere kommunalpolitischen Mandatsträger*innen regelmäßig hierzu miteinander ins Gespräch zu bringen. Die LINKE soll sich in Mainz und im Landkreis mit eigenen Konzepten zur ökologischen Wende in die Ratsdebatten einbringen und hier ein klar erkennbares Profil entwickeln.

Unter der Maßgabe „system change – not climate change“, muss es darum gehen, die kapitalistischen Verursacher*innen der Krise für deren Abwendung bzw. Abmilderung zur Kasse zu bitten. Konzepte, mit denen über allgemeine Preisgestaltung ökologisches Verhalten gefördert werden sollen, lehnen wir als unsozial ab. Wir unterstützen hingegen Maßnahmen zur sozial-ökologischen Transformation, die von möglichst vielen Bürger*innen getragen werden und die in Prozessen demokratischer Bürger*innenbeteiligung zu Stande kommen.

Insbesondere wollen wir Konzepte zur Verkehrswende und zum Ausbau des ÖPNV entwickeln und/oder voranbringen, denn wir sind davon überzeugt, dass das Auto als ein großer Verursacher von Schäden an der Umwelt nur durch attraktive und bezahlbare Alternativen überflüssiggemacht werden kann.

Darüber hinaus wird für uns auch an der Wohnungsfrage deutlich, dass der Kapitalismus nicht zur Lösung, sondern zur Verschärfung der Problematik beiträgt. Ein immer größerer Teil aller Wohnungen ist nicht im Besitz der Bewohner*innen oder einzelner Vermieter*innen, sondern gehört rein gewinnorientierten Wohnungsunternehmen. Es geht schon lange nicht mehr um die Bereitstellung von Wohn- und Lebensflächen, sondern um Kapitalanlagen im Betongold. Die Zunehmende Urbanisierung und Gentrifizierung sind nur ein Symptom dieser Fehlentwicklung. Menschen werden an Stadtränder oder in vergleichsweise abgehängte Gegenden gedrängt, während das Wohnen in der Stadt mit zukunftsfähiger Infrastruktur den Besserverdienenden vorbehalten bleibt. Die LINKE ist die einzige Partei, die sich konsequent bundesweit für eine Reform der Mietpolitik einsetzt – der Berliner Mietendeckel ist dabei nur der Anfang. Auch kommunal wollen wir hier den Finger in die Wunde legen, uns mit Betroffenen von Verdrängung solidarisieren und uns für den Bau von einer konsequenten Quote sozial gefördertem Wohnraum in kommunaler Hand einsetzen.

Aktuell erleben wir eine Welle rechten Terrors in Deutschland, die uns fassungslos macht. Zehn Jahre nach der Enttarnung des NSU, zeigen der Mord an Walter Lübcke und die rassistisch motivierten Mordserien von Halle und Hanau, dass der Staat weiterhin nicht konsequent gegen gewaltbereite rechte Strukturen und Netzwerke vorgeht. Gleichzeitig wird rechter Terror durch die Gleichsetzung von Links und Rechts verharmlost. Die Ablehnung der Zusammenarbeit der selbsternannten bürgerlichen Mitte mit der LINKEN macht demokratische Bündnisse zur parlamentarischen Mehrheitsfindung immer

schwieriger und die Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien mit der AFD immer wahrscheinlicher. Außerdem lässt dich beobachten, wie sich die gesellschaftliche Diskussion nach rechts verschiebt und damit die Entstehung rechten Terrors massiv fördert. Die öffentlichen Debatten über die Silversterereignisse in Connewitz und den „Umweltsau“-Song im WDR zeigen das sehr deutlich. Immer mehr gesellschaftliche Verantwortungsträger*innen passen ihre Positionen den immer lauter werdenden rechten Parolen an oder widersprechen ihnen nicht mehr. Als Kreisvorstand einer antifaschistischen und antirassistischen Partei ist es unser Ziel, eine starke Linke gegen rechte Strukturen und rechtsextreme Meinungen zu formieren. Dazu brauchen wir in der öffentlichen Debatte überzeugende linke Argumente sowie einem expliziten Kampf gegen rechts: auf der Straße, in den Parlamenten, aber auch in privaten Gesprächen und innerparteilichen Diskursen.

Wir sehen die Notwendigkeit einer neuen linken Erzählung, mit der wir Menschen für linke Politik begeistern können. Diese Erzählung muss sich an alle richten, die von den negativen Folgen kapitalistischer Ausbeutung betroffen sind und in der Lage sein, sie für die Überwindung des Kapitalismus zu mobilisieren. Hierfür ist es essentiell, den Klassenbegriff neu zu denken. Denn ausgebeutet werden nicht nur Arbeiter*innen. Kapitalistische Ausbeutung erfahren Frauen genauso wie Migrant*innen, Transpersonen, Behinderte und PoCs, Jüd*innen und Muslim*innen, Alleinerziehende und viele mehr. Oft vereinen Menschen in sich gleich mehrere dieser Ausgrenzungs- und Ausbeutungsmerkmale. Ziel muss es sein, weiße deutsche Arbeiter mit denjenigen zu solidarisieren, die wie sie von den Mechanismen des Kapitalismus gesellschaftlich ausgegrenzt, benachteiligt und diskriminiert werden. Diese Solidarisierung kann nur durch gemeinsame ermächtigende Erfahrungen gelingen. Außerdem braucht es Orte für demokratische und beteiligungsorientierte Debatten, in denen alle Teilnehmenden zu Wort kommen. Unser Ziel ist es, solche Diskussionsorte zu verwirklichen und eine entsprechende Debattenkultur zu fördern.

Partei, Struktur und Mitglieder

Die LINKE Mainz/ Mainz-Bingen und die LINKE insgesamt stehen vor enormen Herausforderungen. Gleichzeitig zu den gesellschaftlichen Transformationsprozessen muss auch die LINKE eine Transformation vollziehen. Will die LINKE dem Anspruch gerecht werden, sehr unterschiedliche Menschen in einer neuen „Arbeiter*innenklasse“ für solidarisches Handeln und antikapitalistische Aktion zu gewinnen, muss die LINKE auch für das parteiinterne Miteinander neue Instrumente finden. Wir nehmen uns daher vor, mehr Mitglieder an den politischen Diskussionen zu beteiligen und zwar nicht nur durch Anwesenheit, sondern auch durch Redebeiträge. Dafür braucht es geeignete Diskussionsformate und Beteiligungsangebote. Außerdem braucht es das Einvernehmen, in Sprache und Haltung einbindend zu agieren.

Der Kreisvorstand wird sich selbst einen Kodex für gute Zusammenarbeit geben. Ziel des Kodex ist die Minimierung ausgrenzender Strukturen in der Arbeit des Gremiums und im Kontakt mit Mitgliedern und Interessierten. Wir wollen damit eine niederschwellige Beteiligung ermöglichen und Lust auf Parteiliebe machen. Der Kreisvorstand bemüht sich, bei all seinen Veranstaltungen Methoden zum Einsatz zu bringen, die möglichst viele Teilnehmende an der Veranstaltung aktiv beteiligen. Bei Publikationen verwendet der Kreisvorstand eine möglichst diskriminierungsfreie Sprache.

Der Kreisvorstand wird eine Jahresplanung erarbeiten, die mit den Ressourcen der Kreisvorstandsmitglieder bewältigbar ist und Zuständigkeiten für die einzelnen Projekte innerhalb des Kreisvorstands festlegen. Ergänzt werden soll dies durch AGs und

Projektgruppen, die eigenverantwortlich und unterstützt durch KV-Mitglieder an Inhalten, Veranstaltungen oder -Veranstaltungsreihen, politischen Diskursformaten und vielem mehr arbeiten.

Die Ortsverbände arbeiten eigenständig. Der Kreisvorstand unterstützt nach seinen Möglichkeiten die Aktivitäten in den Ortsverbänden. Gegen die Bildung von zwei eigenständigen Kreisverbänden (Mainz Stand und Landkreis Mainz-Bingen) hat der Kreisvorstand grundsätzlich keine Vorbehalte. Als Voraussetzung für die Bildung von zwei Kreisverbänden sieht der Kreisvorstand stabile Strukturen im Landkreis, die einen eigenen Kreisverband tragen können. **Mitte 2021** wird eine Mitgliederversammlung im Landkreis geplant, die ein Meinungsbild über die Bildung eines Kreisverbandes Mainz-Bingen abgeben soll.

Veranstaltungen des Kreisverbandes finden sowohl in der Stadt Mainz als auch im Landkreis statt, dabei achtet der Kreisverband auf ein ausgewogenes Verhältnis.

Die Sitzungen des Kreisvorstands finden vorwiegend in der Landesgeschäftsstelle in Mainz statt. Mainz ist für Mitglieder aus dem südlichen Landkreis wie bspw. der VG Rhein-Selz als auch aus dem westlichen Landkreis wie bspw. Bingen gut erreichbar. Dennoch sollen in regelmäßigen Abständen auch Sitzungen des KV im Landkreis stattfinden. Dabei wird zwischen den verschiedenen Gebieten des Landkreises rotiert.

Kreisparteitage sollen, soweit möglich, alternierend in Stadt und Landkreis stattfinden.

Der Kreisvorstand erarbeitet in den ersten 6 Monaten seiner Amtszeit ein Konzept wie eine sinnvolle d.h. dauerhafte und aktivierende Mitgliedergewinnung und vor allem -bindung gelingt. Dafür setzt er sich mit den Mitgliederbeauftragten aus Stadt und Bund zusammen und überlegt, wie auch die Kommunikation zwischen Partei und Mitgliedern leichter zugänglich bzw. aktivierender gestaltet werden kann.